

MUSTERREDE

Vertrauen in die Zukunft – Wir sind auf einem richtigen Weg in Deutschland

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

1. Zur Zeit erleben wir in der Bundesrepublik Deutschland etwas, was die Älteren von Ihnen in den fünfziger Jahren schon einmal erlebt haben, was die Jüngeren aber noch gar nicht erfahren haben: stabile Preise. Die Preissteigerungsrate liegt um etwa 1 Prozent, im März sogar nur bei 0,1 Prozent. Stabilere Preise gibt es auf der ganzen Welt nicht. Stabile Preise sind die beste Sozialpolitik für alle.

Wie war das zu SPD-Zeiten? 1981 lag die Inflationsrate bei 6,3 Prozent. Nettolöhne und -gehälter stiegen um 3,7 Prozent. Das bedeutete: Lohn- und Gehaltserhöhungen wurden durch die Inflation aufgeessen. Unter dem Strich hieß das: Weniger für alle!

Heute sind die Preise wieder stabil. Das heißt Löhne und Gehälter steigen **wirklich** — nicht nur auf dem Papier wie unter der SPD. Auch die Rentenerhöhung geht nicht mehr durch die Inflation verloren.

Das spüren die Bürger im Geldbeutel: Ein Prozent weniger Preissteigerung bedeutet sieben Milliarden Mark mehr Kaufkraft für alle. Das bringt neuen Schwung in die Wirtschaft, das schafft und sichert Arbeitsplätze. Und ist besser als jedes Beschäftigungsprogramm, das mit Schulden finanziert wird.

Dazu kommt noch: Die Zinsen sinken. Kredite werden billiger. Das ist bares Geld für jeden, der ein Haus bauen, eine Eigentumswohnung kaufen oder eine Maschine anschaffen will.

Die deutsche Mark ist inzwischen eine der härtesten Währungen der Welt. Viele von Ihnen haben davon profitiert, wenn Sie Ihren Osterurlaub im Ausland verbracht haben.

Das ist ein Ergebnis der konsequenten Finanz- und Haushaltspolitik der Regierung Helmut Kohl.

Die SPD hatte uns 1982 einen bankrotten Staat hinterlassen. Gegen die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen liefen sie gemeinsam mit den Gewerkschaften Sturm. Sie erinnern sich alle an die sozial demagogischen Parolen von der „neuen Armut“ und der „Umverteilung von unten nach oben“. Und heute? Der Haushalt ist wieder solide finanziert, die Renten sind sicher und mit 10 Milliarden Mark werden Familien unterstützt.

Wir haben diese Politik durchgesetzt. Die Erfolge zahlen sich aus.

Dies war nur ein Beispiel für die falschen Prognosen der SPD. Es gibt noch andere Beispiele: „Dieser Kanzler schafft den Aufschwung nie“ hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rudi Walther am 24. Februar in einer Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion behauptet. „Der Aufschwung ist eine Wahlkampfervindung von CDU/CSU“ war eine andere SPD-Parole (Uwe Jens, SPD-MdB im SPD-Pressedienst Wirtschaft Nr. 17, 1. März 1983).

Tatsache ist: Der Aufschwung ist da. „Auch 1986 hält der Aufwärtstrend der Wirtschaft an.“ Das sagen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute.

Wie sah es unter der SPD-Regierung aus?

Die Wirtschaft schrumpfte 1981 um 0,2 Prozent, 1982 um 1 Prozent! Es wurde immer weniger investiert. Allein 1982 gingen knapp 400 000 Arbeitsplätze verloren. Die Inflation stieg auf 6,3 Prozent im Herbst 1981. Die Lage schien hoffnungslos. Die SPD hatte unser Land mit ihrer Wirtschaftspolitik in die schwerste Krise seit der Währungsreform gestürzt.

Seit dem Regierungswechsel 1982 geht es wieder bergauf. Die Wirtschaft wächst beständig: 1983 um 1,3 Prozent, 1984 um 2,6 Prozent, 1985 um 2,4 Prozent. Es wird wieder kräftig investiert: Die Aufträge für Investitionsgüter stiegen bis Ende 1985 um 11,9 Prozent. Die Exporte nehmen kräftig zu: 1985 hatten wir im Außenhandel einen Überschuß von rund 75 Milliarden Mark.

Wirtschaftswachstum ist das Zeichen einer gut funktionierenden Wirtschaft. Der Aufschwung ist da. Er schafft Arbeitsplätze und sichert Wohlstand für alle.

2. Das Bündnis ist gefestigt – Der Ost-West-Dialog geht weiter

Und noch ein anderes Beispiel: Willy Brandt behauptete, die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses würde einen „tiefen Einschnitt“ in das Ost-West-Verhältnis bedeuten („Express“, 18. November 1983). Er redete von

einer neuen „Eiszeit“ und daß die Entscheidung der Bundesregierung die „Möglichkeiten zwischen Ost und West, miteinander in Kontakt zu kommen, wieder auf wenig mehr als einen Nullpunkt zurückzuführen droht“ (außerordentlicher Parteitag der SPD, Köln, 18./19. November 1983).

Tatsache ist: Die Bundesrepublik Deutschland ist wieder ein zuverlässiger Partner im westlichen Bündnis, und der Ost-West-Dialog geht weiter.

Wie sah es 1982 aus? Hunderttausende waren auf den Straßen. Weltuntergangspropheten, Kriegsfurcht und Zukunftsangst hatten Hochkonjunktur. Die SPD hatte ihren Kanzler in der Außen- und Sicherheitspolitik im Stich gelassen. Die Bundesrepublik Deutschland drohte gegenüber ihren Verbündeten wortbrüchig zu werden.

Und heute: Das Bündnis ist wieder sicher, und Frieden und Freiheit sind stabil. Unser Wort hat wieder Gewicht in Ost und West. Und weil die Sowjetunion kapiert hat, daß wir nicht erpreßbar sind und uns nicht auseinanderdividieren lassen, verhandelt sie jetzt zum ersten Mal ernsthaft über Abrüstung.

Die konsequente Haltung der Regierung Helmut Kohl hat das Bündnis der westlichen Demokratien aus einer tiefen Krise geführt. Die Sowjetunion hat eingesehen, daß sie uns nicht militärisch erpressen kann, sondern verhandeln muß.

Im März 1985 kehrte die Sowjetunion an den Genfer Verhandlungstisch zurück, im November 1985 fand das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow statt. Die Regierung Helmut Kohl hat wesentlichen Anteil daran, daß dies möglich wurde. Die Bundesrepublik steht in Verhandlungen mit allen osteuropäischen Regierungen.

Und auch im Verhältnis zur DDR ist keine neue „Eiszeit“ eingetreten. Das Gegenteil ist der Fall: Noch nie wurde intensiver und erfolgreicher verhandelt.

Das hat die Regierung Helmut Kohl in Verhandlungen mit der DDR erreicht:

■ Die Höchstdauer für Besuche in der DDR wurde von 30 auf 45 Tage im Jahr verlängert. Rentner aus der DDR können jetzt statt 30 maximal 60 Tage bei uns bleiben und dürfen in Zukunft nicht nur Verwandte, sondern auch Bekannte im Westen besuchen.

■ Im grenznahen Besuchsverkehr wurde die Geltungsdauer des Mehrfach-Berechtigungsscheins von drei auf sechs Monate verdoppelt. Die Aufenthaltsdauer wurde von einem auf zwei Tage erhöht.

■ Noch nie durften so viele Deutsche aus der DDR zu uns übersiedeln. Allein in den Jahren 1984 und 1985 waren es 62 000 Landsleute.

■ Wir haben die Senkung der Mindestumtauschsätze erreicht, die die DDR im Oktober 1980 erhöht hatte. Für Kinder bis zum 14. Lebensjahr entfällt die Umtauschpflicht; für Rentner wurde der bisherige Mindestumtauschsatz von 25 auf 15 Mark gesenkt.

■ In zwölf harten Verhandlungsrunden wurde ein innerdeutsches Kulturabkommen erarbeitet; es liegt jetzt unterschriftsreif vor.

Damit machen wir die Folgen der Teilung für die Menschen erträglicher, ohne Prinzipien und Rechtspositionen und den Anspruch auf die Einheit Deutschlands aufzugeben.

3. Die europäische Einigung geht voran

Die CDU war und ist die deutsche Europapartei.

Europa sichert unsere Zukunft. Mehr als 320 Millionen Bürger leben in der Europäischen Gemeinschaft — weit mehr als in den USA oder in der Sowjetunion. Nur ein politisch geeintes und wirtschaftlich starkes Europa kann seinen Platz in der Weltpolitik behaupten.

Jahrelange Versäumnisse und Unentschlossenheit hatten 1982 die Europäische Gemeinschaft in eine Sackgasse geführt: Die Zukunft der europäischen Einigung stand auf dem Spiel.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in harten Verhandlungen auf den europäischen Gipfelkonferenzen der Einigungspolitik neue Anstöße gegeben. Heute sind Stillstand und Krise überwunden; wir haben das Tor zur Europäischen Union weiter geöffnet:

■ Die Grenzkontrollen in der Europäischen Gemeinschaft wurden abgebaut;

■ die Abgabebestimmungen für Mitbringsel im Reiseverkehr wurden weiter gelockert;

■ der Weg für das abgasarme Auto in Europa ist frei; das bleifreie Benzin wurde europaweit durchgesetzt; die Zuständigkeiten der EG bei der Bekämpfung und Verhütung von Umweltschäden wurden erweitert.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat entscheidenden Anteil an der Durchsetzung der Beschlüsse von Mailand und Luxemburg, die uns auf dem Weg zur Europäischen Union entscheidend voran bringen:

- Der europäische Binnenmarkt für die 320 Millionen Bürger wird bis 1992 vollendet.
- Die Rechte und Zuständigkeiten des Europäischen Parlamentes wurden erweitert.
- Die europäische Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik wurde vertraglich festgeschrieben.
- Die Zusammenarbeit bei den modernen Technologien und beim Umweltschutz wurde weiter verstärkt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist heute wieder ein geachteter Partner in der Welt. Dies ist ein Erfolg der Regierung Helmut Kohl. Helmut Kohl hat bewiesen, daß sich Konsequenz und politische Führung auszahlen: Wir sind heute wieder auf einem guten Weg in Deutschland.

Die Deutschen haben wieder Selbstvertrauen

Die Deutschen schauen heute wieder mit Selbstbewußtsein und mit Selbstvertrauen in die Zukunft. Erinnern Sie sich doch nochmal an den Herbst 1982: Die Menschen hatten Angst um ihren Arbeitsplatz, sie hatten Angst um den Frieden, die älteren Menschen bangten um ihre Rente, es gab Angst vor der Zukunft und vor den modernen Techniken.

Und wie sieht es heute aus?

■ Die Angst vor einem Krieg und vor dem Verlust des Arbeitsplatzes hat abgenommen. Die Technikfeindlichkeit ist zurückgegangen. An die Stelle von Zukunftsangst und Pessimismus sind Selbstvertrauen und neue Zuversicht getreten. Die Menschen blicken wieder vertrauensvoll in die Zukunft.

■ Null Bock ist nicht mehr in, auch bei jungen Menschen ist wieder eine große Leistungsbereitschaft und ein klares Ja zum beruflichen Engagement vorhanden. Alle Jugendstudien stellen heute wachsende Zuversicht bei jungen Menschen fest: Von Resignation und Verweigerung ist immer weniger zu spüren. Leistungsbereitschaft und Engagement für das Gemeinwesen nehmen deutlich zu. Mit gutem Grund. Die Zukunftsaussichten für die Jugend haben sich seit Antritt der Regierung Helmut Kohl entscheidend verbessert. Seit 1983 konnten jedes Jahr 97 Prozent aller Jugendlichen, die ausbildungsfähig und -willig waren, auch eine Lehrstelle bekommen.

Die Chancen der beruflichen Ausbildung und Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt sind bei uns so günstig wie in kaum einem anderen Industrieland. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt unter dem

Durchschnitt aller EG-Länder. Unsere Politik gibt der Jugend bessere Zukunftschancen.

■ Insgesamt hat in unserer Gesellschaft die Bereitschaft zur Übernahme von Eigenverantwortung durch berufliche Selbständigkeit zugenommen. Nur eine Zahl: 1985 haben über 300 000 Menschen den Schritt in die Selbständigkeit gewagt.

■ Nation und Geschichte gewinnen wieder an Wertschätzung und an Bedeutung für unser Selbstverständnis. Es gilt nicht mehr als unmodern, von Heimat und Vaterland zu sprechen.

■ Den bedeutendsten Bewußtseinswandel in unserer Gesellschaft sehe ich persönlich in der Tatsache, daß die Familie ein neues Ansehen gewonnen hat und der Wunsch nach Kindern zunimmt.

Unter der Politik der SPD hatte die Familie wie keine andere Institution in unserer Gesellschaft gelitten. Sie wurde materiell und sozial ins Abseits gedrängt, rechtlich bevormundet und psychologisch verunsichert. Die Gesellschaft verlor damit ein Stück Menschlichkeit. Eine Gesellschaft, die die Familien vernachlässigt, ist kinderfeindlich. Und eine kinderfeindliche Gesellschaft ist unfähig, mit Zuversicht den Blick nach vorne zu richten und die Zukunft zu gestalten. Kinder sind auch der Ausdruck des Lebenswillens und des Zukunftsglaubens eines Volkes.

Wir haben Schluß gemacht mit dieser Politik der Benachteiligung der Familien mit Kindern. Wir wollen, daß unser Land kinderfreundlicher wird. Dazu gehört eine Politik, die Familien mit Kindern auch materiell fördert. Deshalb kommt die erste Stufe der Steuerreform 1986 überwiegend den Familien mit Kindern zugute: wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen. Die steuerliche Entlastung, der neue Kindergeldzuschlag, Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub sowie Anrechnung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung bedeuten ein Gesamtpaket zugunsten der Familien von über 10 Milliarden DM: das größte „Familienpaket“ in der Geschichte der Bundesrepublik.

Unsere neue Familienpolitik ist für die CDU die wichtigste gesellschaftspolitische Weichenstellung dieser Legislaturperiode auf dem Weg zu einer menschlichen Gesellschaft.

Unsere Politik kommt allen Bürgern zugute

Die Erfolge in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind unübersehbar: In der Wirtschaft ist der Aufschwung da, die Einkommen steigen, die Preise sind stabil, die Arbeitsplätze sind sicher und neue entstehen, die Mark ist wieder

eine der härtesten Währungen und unsere Industrie erzielt Rekordergebnisse auf dem Weltmarkt. Und damit ist auch die Grundlage gelegt für eine neue und solide Sozialpolitik. Das ist etwas, was Sozialdemokraten nie verstehen werden: Eine konsequente Wirtschaftspolitik, eine solide Finanzpolitik und eine gute Sozialpolitik stehen in einem inneren Zusammenhang; man kann auf Dauer nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Daß die Sozialdemokraten nicht mit Geld umgehen können, ist bekannt. Das Schlimme dabei ist allerdings, daß sie zum Flicken der Löcher, die sie aufreißen, den Bürgern immer wieder und immer tiefer in die Tasche greifen müssen.

Die Folgen der unsoliden Haushaltspolitik trugen die Arbeitnehmer. Wer kann hier besser Auskunft geben als Helmut Schmidt, der im Juni 1982 vor der SPD-Bundestagsfraktion die Bilanz für die Arbeitnehmer zog, als er feststellte: Das durchschnittliche Einkommen eines Arbeitnehmers „war 1970 belastet mit 22,7 Prozent Lohnsteuer und Sozialabgaben. Heute (1982) ist es belastet mit 31,7 Prozent“. Und er gibt auch gleich das zu, was viele Sozialdemokraten einfach verschweigen: „Wir haben die Arbeitnehmer immer wieder zur Kasse gebeten.“ Das zeigt, die Kosten für eine unsolide Finanzpolitik zahlen wir alle — vor allem aber die kleinen Leute.

Die Regierung Helmut Kohl hat Erfolg. Erfolg, der allen Bürgern zugute kommt. Ich will im folgenden noch auf sechs weitere, besonders wichtige Erfolge eingehen.

1. Die Arbeitsplätze sind sicher. Neue Arbeitsplätze entstehen

Die Arbeitnehmer können wieder mit Zuversicht in die Zukunft blicken. Ihre Arbeitsplätze sind sicher.

Der Aufschwung geht nicht am Arbeitsmarkt vorbei. Die positive wirtschaftliche Entwicklung schafft neue Arbeitsplätze. Wenn es mit der Wirtschaft wieder bergauf geht, dann stellen die Unternehmen auch wieder neue Mitarbeiter ein.

Das ist die gute Zwischenbilanz: 1985 waren rund 250 000 Menschen mehr beschäftigt als 1984 und 1986 werden es rund 350 000 mehr sein. Eine gute Bilanz: In nur zwei Jahren mehr Arbeit für über eine halbe Million Menschen.

Wie war das unter der SPD-Regierung? Allein 1982 gingen knapp 400 000 Arbeitsplätze verloren. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg im Jahresdurchschnitt auf 606 000. Das war das Ergebnis von 13 Jahren SPD-Regierung: Von 1969 bis 1982 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 178 000 auf knapp zwei

Millionen! 50 Milliarden DM gab die SPD zwischen 1974 und 1982 für nutzlose, schuldenfinanzierte Beschäftigungsprogramme aus. Ohne Erfolg: Die Arbeitslosigkeit stieg weiter.

Der Zuwachs an Arbeitslosigkeit wurde gestoppt:

1982 plus 44,1 Prozent,

1983, im ersten Jahr der Regierung Helmut Kohl, plus 23,0 Prozent und
1985 nur noch plus 1,6 Prozent.

2. Weniger Steuern — Leistung lohnt sich wieder

Mit einem zweistufigen Steuersenkungsprogramm 1986 und 1988 wird die Lohn- und Einkommensteuer um fast 20 Milliarden Mark pro Jahr gesenkt. Das geht nur, weil der Haushalt in Ordnung ist und ein wirtschaftlicher Aufschwung eingeleitet wurde. Damit hat die Regierung Helmut Kohl ein wichtiges Versprechen eingelöst: Wir senken die Steuern.

Erinnern Sie sich: Zu SPD-Zeiten erhöhte sich die Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger ständig, Steuern und Sozialabgaben stiegen in dieser Zeit fast doppelt so schnell wie Löhne und Gehälter.

Die Steuersenkung ist auch ein Beitrag zu mehr Steuergerechtigkeit für alle Bürger. Kleine und mittlere Einkommen werden stärker entlastet als Spitzeneinkommen.

Und: Wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen. Familien werden besonders entlastet: 1986 ist der Kinderfreibetrag auf 2484 Mark je Kind angehoben worden.

Auch die Unternehmen werden entlastet; das führt zu steigenden Investitionen, das schafft neue Arbeitsplätze, das sichert Wachstum und Stabilität.

Leistung lohnt sich wieder.

3. Made in Germany: Deutsche Technologie wieder vorn

Deutsche Wissenschaftler erhalten wieder Nobelpreise! Unsere Forschung und unsere Technik können wieder mit der Weltspitze mithalten. Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit ist wieder gesichert. Noch vor wenigen Jahren bestand die Gefahr, daß wir hoffnungslos hinter die USA und Japan zurückfallen.

Die Regierung Helmut Kohl hat uns in der modernen Umweltschutztechnik, in der Biotechnologie und in der Raumfahrttechnik nach vorne gebracht. Sie hat ein klares Ja zu neuen Technologien gesagt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Unser Kapital ist der Fleiß und der Erfindungsreichtum unserer Mitbürger. Jeder dritte Arbeitsplatz ist vom Export abhängig. Wir haben nur eine Zukunft, wenn die deutsche Wirtschaft fähig ist, im internationalen Wettbewerb mit USA und Japan technologische Spitzenprodukte auf dem Weltmarkt abzusetzen.

Wie war es bei der SPD? Technikfeindlichkeit lähmten unternehmerische Initiative und Erfindungsreichtum. Die Folgen waren: Zurückgehende internationale Wettbewerbsfähigkeit, Rückstände bei der Entwicklung neuer Technologien. Das Ergebnis war Angst vor der Zukunft.

Heute haben wir wieder Vertrauen in die Zukunft. Unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit schafft und sichert neue, moderne und menschliche Arbeitsplätze.

4. Die Renten sind sicher: Geborgenheit im Alter

Die Renten sind sicher. Das ist der Erfolg der Regierung Helmut Kohl.

Erinnern Sie sich: Noch vor drei Jahren standen die Rentenkassen fast vor der Zahlungsunfähigkeit. Das war das Ergebnis der unsoliden Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der SPD.

Die Rentner sollten nicht vergessen, wie die SPD-Regierung mit ihnen umgesprungen ist:

■ 1980 betrug die Inflationsrate 5,5 Prozent, die Renten stiegen aber nur um vier Prozent.

■ 1981 galoppierten die Preise um 5,9 Prozent davon, während die Renten lediglich um vier Prozent zunahmen.

Jedesmal hatten die Rentner ein dickes Minus im Geldbeutel.

Heute sieht das ganz anders aus: Die stabilen Preise nützen vor allem den Rentnern. Die Inflation frißt ihnen ihre Rentenerhöhung und ihre Ersparnisse nicht mehr weg. Auch 1986 werden die Rentner unter dem Strich mehr haben. Hinzu kommt: Die Zahl der Beschäftigten steigt, das bringt mehr Beiträge in der Rentenkasse und damit eine langfristige Sicherung der Renten.

Wir haben die Rentenanpassung aktualisiert. Die Rentenerhöhung hinkt jetzt nicht mehr drei Jahre hinter der Lohnerhöhung her. Sie folgt den Löhnen in einjährigem Abstand. Keine Lohnerhöhung geht an den Rentnern vorbei.

Es bleibt dabei: Die Renten sind sicher.

5. Die neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau: Mehr Chancen und Wahlfreiheit

Die CDU will die Gleichberechtigung der Frau verwirklichen. Zur Gleichberechtigung der Frau ist auch ein neues Verständnis von Partnerschaft zwischen Mann und Frau notwendig. Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht kann nur erreicht werden, wenn Frauen auf allen Ebenen und in allen Bereichen an verantwortlicher Stelle mitwirken.

Und das hat die Regierung Helmut Kohl dafür getan:

■ Frauen oder Männer können nach der Geburt eines Kindes 10 Monate Erziehungsurlaub nehmen, um sich ihrem Kind zu widmen. Ab 1988 sind es sogar 12 Monate. Für diese Zeit gilt eine Beschäftigungsgarantie; gleichzeitig werden 600 Mark Erziehungsgeld monatlich gezahlt. Erziehungsurlaub und Beschäftigungsgarantie sichern Wahlfreiheit.

■ Zum ersten Mal werden Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung angerechnet. Damit wird ein erster wichtiger Beitrag zur Anerkennung der Arbeit in der Familie geleistet.

■ Die Mindestbeitragszeiten für die Altersrente wurden von 15 auf fünf Jahre gesenkt. Dies kommt vor allem Frauen zugute, die wegen der Kindererziehung aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Sie haben nunmehr einen eigenen Rentenanspruch. 1984 erhielten 36 000 Mitbürger durch diese Maßnahme zum ersten Mal eine eigene Rente.

6. Erste Erfolge im Umweltschutz — Luft und Wasser werden wieder sauberer

Keine Regierung hat jemals mehr für unsere Umwelt getan als die Regierung Helmut Kohl. Heute werden Luft und Wasser wieder sauberer, der Schutz des Bodens wird stark verbessert.

Was hat die SPD getan? 13 Jahre lang ist fast nichts passiert. Zu Beginn der siebziger Jahre wurde in Japan und in den USA das schadstoffarme Auto eingeführt. Die SPD-Regierung hat das verschlafen!

Die Regierung Helmut Kohl dagegen hat sofort gehandelt. Heute sind wir Motor des Umweltschutzes in ganz Europa:

■ Auf unsere Initiative hin wurden das schadstoffarme Auto und das bleifreie Benzin europaweit eingeführt. Steuerliche Anreize bewirken, daß die Zahl schadstoffarmer Autos deutlich ansteigt.

■ Der Schadstoffausstoß bei Industrieanlagen wurde drastisch gesenkt. Die neue „Technische Anleitung Luft“ und die „Großfeuerungsanlagen-Verordnung“ legen schärfere Grenzwerte als je zuvor fest.

■ Auch international wurde der Umweltschutz gefördert: 18 Staaten, darunter auch die Sowjetunion und die DDR, verpflichteten sich auf der internationalen Umweltkonferenz in München, bis 1993 den Schwefelausstoß um 30 Prozent zu senken.

Alle Maßnahmen zusammen vermindern den Ausstoß von Schwefeldioxid um mehr als 60 Prozent, d. h. um 1,9 Millionen Tonnen. Der Ausstoß von Stickoxiden, der 1982 noch 3,1 Millionen Tonnen betrug, wird auf unter 1,6 Millionen Tonnen zurückgehen.

Auch beim Grundwasser- und Gewässerschutz sind wir vorn. Schärfere Bestimmungen verbessern den Wasserschutz: zum Beispiel die Neufassung des Waschmittelgesetzes. Umweltschutz muß nämlich zu Hause in der Waschmaschine anfangen und nicht erst nach der Einleitung der Abwässer in Flüsse und Seen.

Der Anfang ist gemacht. Wir sind umweltbewußter geworden in Deutschland.

Um was geht es bei der Bundestagswahl 1987?

Der Kanzlerkandidat der SPD zieht gegenwärtig mit der Behauptung durch das Land, er wolle eine absolute sozialdemokratische Mehrheit und er wolle auf keinen Fall ein Bündnis mit den Grünen eingehen.

Wie sieht es mit dieser Behauptung in der Wirklichkeit aus? Die SPD hat keine Chance, eine absolute Mehrheit zu erhalten. Alle Wahluntersuchungen zeigen, die SPD verfügt über ein Wählerpotential von etwa 40 Prozent. In den Bundestagswahlen von 1969 bis 1983 hat die SPD im Durchschnitt 42,4 Prozent erhalten. Bei der letzten Bundestagswahl hatte sie 38,2 Prozent. Die SPD braucht also, um regieren zu können, die Grünen. Raus absolute Mehrheit ist eine Phantommehrheit. Er will die Wähler täuschen. Wenn es um die Macht geht, koalitiert die SPD auch mit den Grünen. Allein in 21 Städten und Kreisen in NRW arbeiten Grüne und SPD bereits zusammen.

In Hessen regiert die SPD mit den Grünen, die Börner vor der Wahl noch mit der Dachlatte behandeln wollte. Und warum sollten wir Rau eigentlich mehr glauben als Börner? Oder warum sollen wir ihm mehr glauben als dem niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten Schröder, der sich „natürlich“ von den Grünen zum Ministerpräsidenten wählen lassen will?

Im übrigen, was wählt man eigentlich, wenn man SPD wählt? In wesentlichen Fragen der Politik ist die SPD völlig gespalten: Der eine Flügel ist für die NATO — der andere dagegen. Der eine Flügel hält am Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes fest — der andere ist dagegen. Der eine Flügel will mehr Staatsdirigismus in der Wirtschaft — der andere ist dagegen.

Und wer sich durchsetzt, ist noch völlig unklar. Wer also SPD wählt, kauft die Katze im Sack. Die SPD ist nicht handlungs- und regierungsfähig. In ihr streiten Sozialdemokraten, Marxisten und Rot-Grüne um die richtige Politik. Einer solchen Partei kann die Zukunft unseres Landes nicht anvertraut werden. Ein rot-grünes Bündnis wäre für die Bundesrepublik Deutschland verhängnisvoll. In der Bundestagswahl 1987 fällen die Wähler eine politische Richtungsentscheidung. Sie entscheiden:

■ ob die Union ihre erfolgreiche Politik fortsetzen und unser Land in eine sichere Zukunft führen kann,

■ oder ob unser Land durch eine Koalition von Sozialdemokraten und Grünen in die Krisenzeiten der siebziger Jahre zurückgeworfen wird.

CDU und CSU haben die Bundesrepublik Deutschland aus der schwersten innen- und außenpolitischen Krise seit 1949, die die SPD zu verantworten hatte, herausgeführt und einen neuen Anfang gemacht. Der Weg war nicht einfach. Er war mit Einschränkungen und Verzicht verbunden. Aber die Anstrengungen haben sich gelohnt.

Die Erfolge der Union unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl sind die Erfolge aller Bürger. Ohne ihre Leistung wären sie nicht möglich gewesen. Gemessen an der Hinterlassenschaft der Sozialdemokraten haben wir viel erreicht, aber gemessen an unseren Zielen und an den Aufgaben stehen wir mitten in einem Prozeß der Gestaltung des wirtschaftlichen, technischen und sozialen Wandels, der weit in die nächste Legislaturperiode hineinreicht. Die Menschen spüren, daß wir auf einem guten Weg sind. Das beweist ihr Vertrauen in die Zukunft.

Die vor uns liegenden Aufgaben sind groß. Nicht die SPD, die die Krise verursacht, sondern nur die CDU, die die Krise gemeistert hat, kann auch die Herausforderungen der Zukunft bestehen. Die Bundesrepublik Deutschland muß ein Land bleiben, in dem es sich lohnt, zu leben und zu arbeiten.